



Änderungsanträge/ Initiativanträge/ Resolutionen

**zum
Landesparteitag
der SPD Baden-Württemberg
in Heilbronn**

02. März 2013

Neue konsolidierte Fassung

Kennnummer 1468

Kreisverband Stuttgart

Kreisverband Emmendingen

Empfänger:

SPD-Abgeordnete der Fraktion der S&D

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Ein vereinigtes und soziales Europa

***Ein
vereinigtes
und
soziales
Europa***

Ein vereinigtes und demokratisches Europa

Empfehlung erfolgt
mündlich

5 Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa ist eine ur-
sozialdemokratische Idee. Sie ist verankert im Heidelberger
Programm von 1925 und seitdem Leitbild sozialdemokratischer
Europapolitik. Die zunehmenden wirtschaftlichen und
finanzpolitischen Verflechtungen, die in ihren Konsequenzen
im krassen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterschaft und
10 ihrem Streben nach sozialer Sicherheit und internationaler
Solidarität standen, führten zu der Forderung eines „wahren
Bundes gleichberechtigter Völker“.

15 Auch die Staatsoberhäupter der Gründerstaaten haben sich
1957 bei der Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als Vorgängerorganisation der
heutigen EU, unmissverständlich dazu bekannt *„die stetige
Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer
20 Völker als wesentliches Ziel anzustreben, [...] ihre
Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische
Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen
einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter
Gebiete verringern [...]“*. Der Einzug der neoliberalen Ideologie
führte in der EU jedoch zu weitreichenden negativen
25 ökonomischen und sozialen Folgen: Sinkende Löhne,
auseinanderdriftende Einkommen, eine Vertiefung der Kluft
zwischen Arm und Reich, zunehmend prekäre
Beschäftigungsverhältnisse, sinkende Sozialleistungen, sowie
eine allgemeine Umverteilung zu Gunsten von großen
30 Unternehmen, BezieherInnen hoher Einkommen und
KapitaleignerInnen sind nicht allein ein deutsches Phänomen,

sondern ein Problem aller EU-Mitgliedstaaten.

- 35 Wir SozialdemokratInnen glauben an die Idee der Vereinigten Staaten von Europa. Wir wollen

ein Europa der gelebten Solidarität und des Zusammenhalts.

Unsere Ziele können wir jedoch nur erreichen, wenn wir – unter

- 40 Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips – weitreichende Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagern und die heutige EU zu einer vollständig demokratisierten, politischen Union umbauen.

45 **Krise der Demokratie in Europa?**

Demokratie kann auf vielfältige Weise in Gefahr geraten, z.B. durch ein faktisches Übergewicht eines politischen

Verfassungsorgans, Kompetenzverlust politischer Institutionen

- 50 oder Kompetenzverschiebungen auf undemokratischere Ebenen oder Institutionen. Auf europäischer Ebene herrschen ein politisches Übergewicht des Europäischen Rats, eine nicht direkt demokratisch gewählte Kommission und ein mit unzureichenden Rechten ausgestattetes Parlament, welches
- 55 aber als einzige europäische Institution direkt von den BürgerInnen legitimiert ist.

Sozialdemokratische (Europa-) PolitikerInnen geraten bei EU-Vertragsentscheidungen oder Vertragsänderungen - also der

- 60 Gelegenheit eine Vertiefung der demokratischen Entwicklung zu erwirken - immer wieder in eine Zwickmühle: Auf der einen Seite möchten sie den europäischen Integrationsprozess vorantreiben, auf der anderen Seite bringt eine weitere Kompetenzübertragung auf die EU de facto eine schleichende
- 65 Entdemokratisierung mit sich. Das beruht auf dem Umstand, dass der Kompetenzübertragung eben z.B. keine vollen parlamentarischen Rechte des EU-Parlaments folgen. Da die Verträge für die ParlamentarierInnen in den Parlamenten der
- 70 Mitgliedstaaten aber nicht mehr veränderbar sind nachdem sie von den Regierungen im Europäischen Rat ausgehandelt wurden, bleibt nur die Entscheidung zwischen einem „Ja“ oder einem „Nein“. Ein „Nein“ würde aber nicht als ein Kampf für die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie in Europa, sondern als antieuropäische Haltung ausgelegt werden.

- 75 Ein aktuelles Beispiel für die schleichende Entdemokratisierung auf EU-Ebene stellt der Vorschlag für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht bei der EZB dar. Während die Bankenaufsicht bei der deutschen „Bundesanstalt für
- 80 Finanzdienstleistungsaufsicht“ (BaFin) durch das Bundesfinanzministerium und den Deutschen Bundestag kontrolliert wird, ist in den Entwürfen für eine Bankenaufsicht

bei der EZB eine vergleichbare demokratische Kontrolle durch
das Europäische Parlament nicht vorgesehen, obwohl sie
85 rechtlich möglich wäre. Ein weiteres Beispiel ist der sogenannte
„Fiskalpakt“. So schafft der Fiskalpakt mit dem „Euro-Gipfel“ ein
neues Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-
Staaten. Zwar hat der „Euro-Gipfel“ keine formellen
Entscheidungsbefugnisse, die Absprachen der Staats- und
90 Regierungschefs der Euro-Staaten haben aber massiven Einfluss
auf die späteren Mehrheiten bei der Beschlussfassung im
Europäischen Rat und auf die Koordinierung der jeweiligen
nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken. Die nationalen
Parlamente bleiben außen vor und das Europäische Parlament
95 spielt in diesem neuen Vorhaben nur eine untergeordnete Rolle.
Es darf sich mit den einschlägigen Ausschüssen der
mitgliedstaatlichen Parlamente treffen und die vom Fiskalpakt
erfassten Politikthemen erörtern. Ein „Mehr“ an
parlamentarischer Beteiligung wäre rechtlich unproblematisch
100 möglich gewesen, aber politisch wohl nicht gewollt. Unter
demokratiethoretischen Gesichtspunkten ist diese
Entwicklung sehr bedenklich, da sie demokratischen EU-
Institutionen Kompetenzen abspricht und ihnen sogar die
Mitwirkungsrechte verwehrt. Europapolitische Entscheidungen
105 werden immer mehr zu Entscheidungen in kleinen Kreisen, bei
denen es kaum noch eine demokratische Kontrolle, geschweige
denn Transparenz in der Entscheidungsfindung gibt.

Die Politik wird somit in zweifacher Weise entdemokratisiert:
110 Die nationalen Parlamente können nur nachvollziehen, was die
Staats- und Regierungschefs ausgehandelt haben.
Parlamentarische Änderungen an Verhandlungsergebnissen
sind nicht mehr möglich. Zugleich wird auf der europäischen
Ebene mangels Einbindung des Europäischen Parlamentes
115 dieses Defizit nicht ausgeglichen.

So erleben wir vor allem bei den Abstimmungsprozessen über
diese Entscheidungen in nationalen Parlamenten einen
schleichenden Verfall des Demokratiebewusstseins. Merkels
120 Handlungsmaxime rund um den Euro-Rettungsschirm lautete:
nur noch so viel Demokratie wie nötig, um sie formal nicht
aufzukündigen. So beurteilte das Bundesverfassungsgericht
den Rettungsschirm zwar als verfassungsgerecht, nicht aber die
damit verbundene Praxis der Beschneidung der Rechte des
125 Bundestags. Merkel selbst betrachtete die Einbeziehung des
Haushaltsausschusses als zu langwierig und umständlich und
degradierte damit demokratische Prozesse als nicht
funktionales, unsachgemäßes Handeln. Diese Entwicklungen
sind bedenklich, denn sie beruhen auf dem Glauben, dass
130 demokratische Entscheidungen nicht mit der Geschwindigkeit
der Märkte mithalten können und deshalb aufgegeben werden

müssen.

135 Der prinzipielle Institutionsaufbau der EU und die aktuellen Ereignisse um die Euro-Rettung machen das Demokratiedefizit der EU unübersehbar. Wir SozialdemokratInnen erneuern unser Bekenntnis zu einem vereinigten, demokratischen und sozialen Europa.

140

Ein vereinigtes und demokratisches Europa

*„Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen [...]. Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so
145 hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen [...] nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen.“ (Paul Löbe).*

150 Die Sozialdemokratie als „europäische Partei“ sollte nicht nur an der „Idee“ der Vereinigten Staaten von Europa festhalten, sondern benennen was sie unter dieser Vision versteht: Wir SozialdemokratInnen bekennen uns zu einem Europa als föderalem Bundesstaat. Wir fordern die Schaffung einer
155 parlamentarisch verantwortlichen Regierung auf Grundlage einer gemeinsamen europäischen Verfassung. Die Rolle des Europäischen Parlamentes muss massiv gestärkt werden. Es soll ein eigenes Gesetzesinitiativrecht und ein vollständiges Haushaltsrecht bekommen. Dazu gehört u.a. die Ausweitung
160 des Mitentscheidungsverfahrens auf die Aufstellung des Mehrjährigen Finanzrahmens, ein eigenes Steuerschöpfungsrecht für die EU sowie das Recht zu Gunsten des EU-Haushaltes, Schulden aufnehmen zu können. Die Europäische Kommission soll eine durch das Parlament
165 vorgeschlagene, gewählte und abrufbare EU-Regierung werden, die dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Wir begrüßen es daher als einen ersten Schritt, dass der/die nächste EU-KommissionspräsidentIn der/die SpitzenkandidatIn derjenigen Parteienfamilie werden soll, die nach den Europawahlen 2014
170 die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament stellt. Für die künftige Weiterentwicklung lehnen wir uns an das Konzept des Positiven Parlamentarismus an, welches vorsieht, dass nicht nur der/die EU-RegierungschefIn, sondern auch alle MinisterInnen vom Parlament gewählt und abrufbar sein müssen. Die
175 Wählerinnen und Wähler sollen zukünftig wissen, welche(n) potentielle(n) EU-RegierungschefIn sie mit ihrer Stimmabgabe für eine Partei unterstützen.

Das Europäische Parlament selbst muss weiterentwickelt
180 werden, um eine Antwort auf die Kritik an seiner eigenen demokratischen Legitimation zu geben. Dies umfasst auch ein reformiertes europäisches Wahlrecht, welches die

unterschiedlichen Stimmengewichte der UnionsbürgerInnen der einzelnen Mitgliedstaaten reduziert und berücksichtigt,
185 dass das Parlament gleicher Repräsentant aller Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sein soll.

Wir wollen ein „Europa der Parlamente“ und kein „Europa der Staatschefs“. Deshalb lehnen wir jede Renationalisierung des
190 Europäischen Parlaments wie auch eine Versammlung nationaler Parlamentarier der Euro-Staaten wie eine „Eurokammer“ oder ein „Euro-Parlament“ neben den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament als Schwächung des europäischen Parlamentarismus ab. Das
195 Europäische Parlament ist der Repräsentant aller Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und soll als solches in allen Entscheidungen, und zwar auch solchen, die lediglich die Euro-Staaten betreffen, in seiner vollen Besetzung beteiligt sein. Wir wollen die Rolle der nationalen Parlamente im Dialog
200 mit dem Europäischen Parlament in europapolitischen Fragen stärken. Die nationalen Parlamente müssen volle Kontroll- und Informationsrechte über das Handeln ihrer Staats- und Regierungschefs auf europäischer Ebene haben.

205 Wir glauben, dass wir ein Mehr an Demokratie und ein Mehr an Parlamentarismus im europäischen Institutionsgefüge brauchen. Da das Europäische Parlament das einzige Organ ist, welches die BürgerInnen in einer direkten Wahl bestimmen können, ist eine umfassende Aufwertung der Rolle des
210 Parlamentes dringend geboten.

Der Europäische Rat soll künftig die Funktion der Koordinierung zwischen den föderalen Parlamenten auf nationaler oder regionaler Ebene haben. Um eine Schwächung der EU-
215 Gemeinschaftsorgane zu vermeiden, müssen die Formen des intergouvernementalen Regierens in klar definierten Grenzen gehalten werden. Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, die zwar keine gesetzgebende Funktion haben, aber die politische Ausrichtung der Politik der EU bestimmen, sollen
220 unter einen Mitgestaltungsvorbehalt des Europäischen Parlamentes gestellt werden. Hierzu soll der Präsident des Europäischen Parlamentes gleichberechtigt mit den Staats- und Regierungschefs an den Sitzungen und Entscheidungen des Europäischen Rates teilnehmen, beraten und abstimmen
225 können.

Die Gesetzgebung der künftigen föderalen EU soll in einem Zwei-Kammer-System erfolgen mit dem derzeitigen Rat als Vertretungsorgan der heutigen Mitgliedstaaten und dem
230 Europäischen Parlament als direkt gewähltem Vertretungsorgan der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger.

Erst ein demokratischer Aufbau der Organe der EU bildet die Grundlage für weitere Kompetenzverschiebungen auf die Ebene der Europäischen Union und holt endlich nach, was schon lange hätte geschehen sollen: die Beseitigung des demokratischen Defizits der EU. Zugleich darf aber nicht übersehen werden, dass das europäische Projekt zurzeit zu einseitig auf die Schaffung eines einheitlichen -
235 deregulierenden - Binnenmarktes ausgerichtet ist. Eine Stärkung der demokratischen Strukturen in der EU allein ändert dies jedoch nicht. Schon die Gründungsväter der EU sahen in dem einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum lediglich ein Mittel zur Erreichung eines geeinten politischen Europas. Der
240 Binnenmarkt ist ein Instrument der EU, aber nicht ihre Finalität. Auf diesen Pfad muss die europäische Politik zurückfinden.

Für ein soziales und gerechtes Europa

Wir SozialdemokratInnen sind davon überzeugt, dass unser Ziel der Vereinigten Staaten von Europa nur über die vollständige soziale Integration und eine veränderte Wirtschaftspolitik führen kann. Eine wirklich soziale und solidarische EU muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken
250 sozialen Grundrechten haben. Diese sozialen Werte und Grundrechte müssen den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt voran gehen. Um diese im europäischen Primärrecht festzuschreiben, fordern wir eine soziale Fortschrittsklausel.

260

Wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt etablieren

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion führte zu einer Abkoppelung der freien, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und der Geldpolitik in europäischer Kompetenz von den bei den Mitgliedstaaten verbliebenen steuer-, lohn- und sozialpolitischen Zuständigkeiten. Dies führte zu einem zwischenstaatlichen Dumping- Standortwettbewerb um Investitionen auf Grundlage von
265 sinkenden Löhnen, Sozialleistungen und Unternehmenssteuern.

Das Vertrauen und die Akzeptanz in die „Idee Europa“ wurden durch diese Entwicklung der Entstaatlichung mit all ihren
275 negativen Folgen für die BürgerInnen Europas nachhaltig gestört. Der Weg der europäischen Integration muss daher ein Weg sein, der einer vollständigen sozialen Integration denselben Stellenwert wie der wirtschaftlichen Integration beimisst und – ausgehend vom Primat demokratischer Politik –
280 anstelle eines Primats der freien Märkte, auf eine solidarische Politik des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs zum Wohle

aller setzt.

285 Wir SozialdemokratInnen stehen für ein Europa der
gleichwertigen Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse mit
Wachstums- und Wohlstandsperspektiven für alle BürgerInnen.
Dies können wir allerdings nur mit einer echten europäischen
Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik verwirklichen, die – wie
290 es die SPD bereits im Berliner Programm formuliert hatte – das
Ziel verfolgt die Wirtschaftspolitik der EU-Mitglieder zu
harmonisieren, regionale Ungleichgewichte abzubauen, einen
wirksamen Finanzausgleich zwischen Reichen und Armen zu
leisten und der Sozialpolitik den gleichen Rang wie der
295 Wirtschaftspolitik zu geben.

Für eine koordinierte, gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik

Die nicht aufeinander abgestimmte Geld- und Fiskalpolitik
300 innerhalb der Europäischen Union ist einer der Gründe für eine
Entwicklung, die zu einem zwischenstaatlichen
Konkurrenzkampf um die niedrigsten Löhne und
Sozialleistungen geführt hat. Der sogenannte Stabilitäts- und
Wachstumspakt mit seinen strikt festgesetzten Defizit- und
305 Schuldengrenzen sowie der Fiskalpakt, die die
Gestaltungsspielräume nationaler Fiskalpolitik beschränken
und sie einer Logik von Automatismen unterwerfen, ist eine der
Ursachen für eine marktradikale Ausrichtung der europäischen
Wirtschaftsordnung. Eine koordinierende Stelle, wie etwa eine
310 europäische Wirtschaftsregierung, fehlt in diesem Konstrukt.

Die hohen Schuldenstände der mitgliedstaatlichen Haushalte
eröffnen im Zusammenspiel mit dem gegenwärtigen
wirtschaftspolitischen Rahmen aus europäischer Geldpolitik
315 nebst mitgliedstaatlichen Fiskalpolitiken, die den
Automatismen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie
des Fiskalpaktes unterworfen sind, nur geringe Spielräume für
eine an den ökonomischen Rahmenbedingungen ausgerichtete,
integrierte und aktive Konjunkturpolitik. Dabei sind die
320 Ursachen der hohen Staatsverschuldungsquoten vielfältig:
Neben dem Unvermögen der nationalen Regierungen in den
vergangenen Hochkonjunkturphasen ihre Haushalte zu
sanieren, ist dies auch eine vorrangig angebotsorientierte
Fiskalpolitik, die Vernachlässigung der Einnahmenseite sowie
325 die staatlichen Rettungspakete für angeschlagene Geld- und
Versicherungsinstitute im Rahmen der Finanzmarktkrise seit
2008.

Gemeinschaftliche, antizyklische Ansätze als Reaktion auf
330 Konjunkturkrisen bedürfen aber einer zielgerichtete
Kombination von Geld- und Fiskalpolitik, sowie einer
europäischen Wirtschaftsregierung, die die jeweiligen

konjunkturellen Verhältnisse in den Gebieten der Union berücksichtigt, anstatt die Haushaltskonsolidierung zum
335 heiligen Gral zu erheben.

Die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion muss daher die Erweiterung des Zielkatalogs der EZB um die Ziele eines angemessenen Wirtschaftswachstums und der (Voll-) Beschäftigung unter demokratischer Kontrolle der EZB, sowie die Koordination zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik umfassen. Hierzu sind weitreichende Kompetenzverlagerungen auf die Ebene der europäischen Institutionen, insbesondere das Parlament, notwendig. Erst hierdurch wird der ernsthafte
340 Willen zum Aufbau einer echten integrierten europäischen Wirtschaftsregierung dokumentiert, die mittelfristig samt Zugriff auf europäische Steuereinnahmen, unter Budgethoheit des Europäischen Parlaments, eine koordinierte europäische Konjunkturpolitik betreiben kann und eine gleichrangige
345 Position neben der EZB einnimmt.

Wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Regionen ausgleichen - Langfristigen Finanzausgleich etablieren

355 Politische Fehlentscheidungen, das Fehlen eines funktionierenden Steuervollzugs oder unzureichend ausgestattete Verwaltungsstrukturen traten nicht zuletzt in Griechenland zu Tage.

360 Wir sitzen aber nicht dem Irrglauben auf, dass ausschließlich sie die originären Ursachen der ökonomischen Probleme ärmerer Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind. Vielmehr waren und sind es historische, politische und sozi-ökonomische Umstände in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, die
365 zwangsläufig zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen führen. Dies gilt im kleinen Maßstab für die Deutschen Bundesländer wie im großen Maßstab für die Staaten unter dem Dach der EU.

370 Gerade mit der Einführung des Euro haben wir erlebt, wie sich die Leistungsbilanzunterschiede zwischen den ökonomischen Machtzentren und den ökonomischen „Rändern“ der EU im Süden massiv verstärkt haben, anstatt diese – wie in den EU-Verträgen und von der Europäischen Regionalpolitik angestrebt
375 – auszugleichen. Während beispielsweise Deutschland im Zuge sinkender Lohnstückkosten seit einem guten Jahrzehnt immense Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnet, steigen die Leistungsbilanzdefizite anderer Länder, die mit Einführung der Gemeinschaftswährung nicht mehr durch Auf- oder
380 Abwertungen ihrer nationalen Währungen auf die Ungleichgewichte in der Lohnstückkostentwicklung reagieren können. Dies führt zu nachhaltigen Spannungen zwischen den

wirtschaftlichen Machtzentren und den wirtschaftlich
abgehängten Regionen der Union und zu einer Gefährdung des
385 europäischen Projekts.

Wir SozialdemokratInnen lehnen dieses System des
innereuropäischen Staatenwettbewerbs ab und setzen das
Solidarprinzip und die Gewährleistung wirtschaftlicher
390 Handlungsfähigkeit Aller entgegen! Helmut Schmidt hat Recht,
wenn er sagt: *„Alle unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die
Defizite der anderen. Die Forderungen, die wir an andere haben,
sind deren Schulden. Es handelt sich um eine ärgerliche
Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal
395 erhobenen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.“*

Um Unterschiede auszugleichen, fordern wir neben den
Instrumenten der Europäischen Regionalpolitik einen
längerfristig angelegten Transfermechanismus, ohne den
400 insbesondere die Europäische Währungsunion, als eine
föderative Gemeinschaft, mittelfristig nicht stabil existieren
kann: Darunter verstehen wir u.a. eine EU-Fiskalkapazität, die in
den EU-Haushalt integriert und vom Europäischen Parlament
kontrolliert wird und deren Aufgabe es ist, anhand
405 makroökonomischer Indikatoren asymmetrische Schocks
abzufedern und zyklische Entwicklungen zu stützen. Daneben
sehen wir einen europäischen Investitions- und Aufbaufonds
mit einer Übereinkunft zur verbindlichen Finanzierung und
Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung
410 eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung
der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht
entlohnter Beschäftigung. Dieser gesellt sich zum Europäischen
Stabilitätsmechanismus, der finanzielle Hilfen für Staaten in
ökonomischen Krisensituationen bereithält und der in die
415 Europäischen Verträge mit einer Kontrolle durch das
Europäische Parlament überführt werden muss.

Zur Lösung der aktuellen Staatschuldenkrise müssen die Euro-
Mitgliedstaaten die Möglichkeit eines „Reset“-Knopfes für ihre
420 nationalen Haushalte bekommen. Wir sprechen uns daher für
die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds in Anlehnung
an den Vorschlag des Sachverständigenrates der
Bundesregierung aus, in den die Euro-Mitgliedstaaten den
Anteil ihrer Staatsverschuldung über 60 % ihres jeweiligen BIP
425 auslagern. Sie verpflichten sich, über einen festgelegten
Zeitraum ihre ausgelagerten Schulden abzutragen. Um
zukünftige Verschuldung zu verhindern, wollen wir
gemeinsame Haftung aller Euro-Staaten für Schulden unterhalb
von 60 % des jeweiligen mitgliedstaatlichen BIP (sog. blue
430 bonds). Die über 60 % des BIP hinausgehende
mitgliedstaatliche Verschuldung muss jeder Staat, wie bisher,
selbstständig durch eigene Staatsanleihen (sog. red bonds)

tragen. Erst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann
das Instrument einer verbindlichen Schuldenbremse Sinn
435 ergeben.

Darüber hinaus streben wir kurzfristig – am nationalen
Durchschnittslohn gemessen – einheitliche und Existenz
sichernde Mindestlöhne und auf mittlere Frist eine koordinierte
440 Tarifpolitik an, um verzerrte Wettbewerbsverhältnisse
zwischen den Regionen zu verhindern.

Ein neuer Sozialpakt für Europa

445 Wir wollen eine echte Union, die Vereinigten Staaten von
Europa, in denen das Niveau der sozialen Sicherung nicht vom
ökonomischen Stand nach unten abgekoppelt werden kann.

Stattdessen setzen wir auf gemeinsame und verbindliche
450 qualitative Ziele sowie sozialstaatliche Mindeststandards, die
sich an der relativen Höhe der Netto-Ausgaben für definierte
soziale Sicherungssysteme messen lassen. Bei der Festlegung
der Höhe ist Rücksicht auf den jeweiligen ökonomischen
Entwicklungsstand der einzelnen Unions-Gebiete zu nehmen,
455 so dass insbesondere für einkommensschwächere Gebiete eine
Überforderung im angestrebten Konvergenzprozess vermieden
wird. Zugleich führt steigende Wirtschaftskraft automatisch
auch zu höheren Sozialausgaben im laufenden
Angleichungsprozess. In jedem Fall dürfen diese Ausgaben
460 bestimmte Schwellenwerte nicht unterschreiten, um zu
unterbinden, dass auf Kosten der sozialen Sicherheit und der
Bildung Wettbewerbsvorteile im regionalen Wettbewerb
erkaufte werden. Hierzu sind geeignete Sanktionsmechanismen
zu etablieren. Wir streben an, die soziale Sicherungsniveaus der
465 Union auf mittlere Sicht sowohl relativ als auch in ihrer
absoluten Höhe anzugleichen.

Dass diese Entwicklungsschritte dringend nötig sind, zeigen die
sozialpolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre. Die
470 nationalen Sozialsysteme wurden nachhaltig zu Lasten der
Bedürftigen geschwächt. Die Absicherungsniveaus im Falle von
Krankheit, Arbeitslosigkeit und bei Renteneintritt sind im Zuge
dessen z.T. dramatisch zurückgegangen, mit drastischen Folgen,
beispielsweise in Form von zunehmender Altersarmut in der
475 gesamten Union. Dabei ist keineswegs zu wenig Geld
vorhanden um die Systeme auf hohem Niveau aufrecht zu
erhalten und weiter auszubauen. Vielmehr war es auch der
forcierte innereuropäische Staatenwettbewerb, der zur
Entkopplung von Wirtschaftswachstum und
480 Sozialleistungsniveaus geführt hat: Die Ausgaben für die
soziale Wohlfahrt sind auf der Strecke geblieben, während die
Inlandsprodukte der Staaten weiter anstiegen. Für uns

SozialdemokratInnen muss das innereuropäische
Sozialleistungs-Dumping aus Gründen einer zerstörerischen
485 Wettbewerbslogik zwischen Staaten, die sich – zumindest auf
dem Papier – eigentlich der Etablierung einer politischen,
wirtschaftlichen und sozialen Union verschrieben haben,
gestoppt werden. Ansonsten führen sich die politisch
formulierten Ziele einer weiteren europäischen Integration ad
490 absurdum.

Ein soziales Europa braucht einen leistungsfähigen Staat. Dies
verlangt eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage für den
Staat. Deshalb muss der schädliche Steuerwettbewerb in der EU
495 beendet werden. Wir begrüßen die Einführung der
Finanztransaktionssteuer in 11 Mitgliedstaaten als einen ersten
richtigen Schritt. Hier darf aber nicht Halt gemacht werden. Das
Ziel muss sein, die Finanztransaktionssteuer in der gesamten
EU als EU-Eigensteuer einzuführen. Wir brauchen zudem eine
500 gemeinsame Bemessungsgrundlage für die
Unternehmensbesteuerung und mittelfristig gemeinsame
Unternehmenssteuersätze. Die geltende EU-Zinsbesteuerung
muss ausgeweitet und in eine EU-Eigensteuer mit einheitlichen
Steuersätzen umgewandelt werden. Eine gemeinsame
505 Steuerpolitik kommt nicht ohne einen entschlossenen Kampf
gegen Steuerflucht und Geldwäsche aus. Die Steueroasen in der
EU müssen geschlossen werden.

510 Unser Europa demokratisch begründen: Für einen Verfassungskonvent und für eine Volksabstimmung

Wir möchten die Menschen von unserer Vision von den
Vereinigten Staaten von Europa überzeugen und deren
Umsetzung demokratisch legitimieren. Viele unserer Visionen
515 verlangen eine Anpassung unseres Grundgesetzes. Wir
möchten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben,
über die Zukunft Europas zu entscheiden. Dazu muss Art. 146
GG dahingehend verändert werden, dass er eine
Volksabstimmung für weitreichende Schritte der europäischen
520 Integration ermöglicht. Unsere Vision der Vereinigten Staaten
von Europa verlangt eine breite Diskussion mit allen politischen
und gesellschaftlichen AkteurInnen. Deshalb verlangen wir die
Einsetzung eines EU-Verfassungskonvents nach der
Europawahl 2014.

525

Unser Europa: In Vielfalt geeint

In Europas Regionen leben heute 500 Millionen Menschen aus
27 Ländern. Dieses Europa verkörpert für uns
530 SozialdemokratInnen ein großes Friedensprojekt und das
Streben nach einer friedlichen, freien und gerechten
Gesellschaft, in der Sprache und Herkunft als bereichernde

Vielfalt und nicht als Trennendes verstanden werden, in der nationale Barrieren in den Hintergrund rücken und echte
535 Teilhabe für alle Menschen verwirklicht werden kann. *In Vielfalt geeint* – getreu dem Motto der Europäischen Union machen wir SozialdemokratInnen uns auf den Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa!

540

Antragsbereich Ä/ Antrag 1

*Kennnummer 1818
Kreisverband Ortenau*

Änderungsantrag zum Antrag EUR1

streiche Zeile 162-163: "sowie das Recht zu Gunsten des EU-Haushaltes, Schulden aufnehmen zu können."

Änderungsantrag zum Antrag EUR1

Antragsbereich Ä/ Antrag 2

*Kennnummer 1819
Kreisverband Freiburg*

Änderungsantrag zum Antrag EUR1

Ersetze Z. 337 bis Z. 342:

5 „Die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion muss daher die Erweiterung des Zielkatalogs der EZB um die Ziele eines angemessenen Wirtschaftswachstums und der (Voll-) Beschäftigung unter demokratischer Kontrolle der EZB, sowie die Koordination zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik umfassen.“

10 durch:

Wir halten an einer unabhängigen Europäischen Zentralbank, deren Politik sich im Rahmen der von den demokratisch legitimierten Gremien der EU festgelegten Leitlinien bewegt,
15 fest. Allerdings hat die jüngere Vergangenheit auch gezeigt, dass

Änderungsantrag zum Antrag EUR1

ein rein auf Preisstabilität angelegtes Korsett, in das die EZB durch eine – nicht erst durch die weltweite Finanzkrise diskreditierte – neoliberale Wirtschaftstheorie gepresst wurde, offensichtlich zu eng ist. Die Sicherung der Preisstabilität bleibt
20 eine Hauptaufgabe der EZB, es ist unserer Ansicht nach jedoch unbedingt notwendig, auch andere Faktoren zu beachten, weshalb der Zielkatalog der EZB um die Ziele eines angemessenen Wirtschaftswachstums, der (Voll-)Beschäftigung, sowie der Koordination zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik zu
25 erweitern ist.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich

Hinweis: Dieser Antrag wird behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Voraussetzungen werden in der Wahl- und Geschäftsordnung, die der Parteitag sich gibt, festgelegt.

Änderung des § 177 StGB - Sexismus im Alltag

Änderung des § 177 StGB - Sexismus im Alltag

Die SPD Baden-Württemberg begrüßt die Diskussion, die zur Zeit zum Thema „Sexuelle Belästigung“ öffentlich geführt wird. Der gelungenen Twitter-Aktion von Anne Wizorek unter dem Titel
5 „aufschrei“ ist es zu verdanken, dass deutlich wird, in welcher vielfältiger und alltäglicher Weise Frauen in der Öffentlichkeit, in der Schule und am Arbeitsplatz sexueller Belästigung ausgesetzt sind. Dabei hilft diese Debatte, die anscheinend überfällig ist. Aus diesem Anlass bekräftigt die SPD Baden-Württemberg:

10 Sexuelle Belästigung hat nichts mit Sex, sondern mit Macht zu tun. Sie dient dazu ein Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern deutlich zu machen bzw. dieses Ungleichgewicht darüber herzustellen.

15 Im AGG wird sexuelle Belästigung als „ein unerwünschtes, sexuell bestimmtes Verhalten, (...) Bemerkungen sexuellen Inhalts (welches) bezweckt oder bewirkt, dass die Würde der betreffenden Person verletzt wird.“

20 Sexuelle Belästigung kann und wird somit individuell unterschiedlich empfunden. Eine Individuelle Wahrnehmung ist weder messbar noch ist von außen eine Bewertung des Ausmaßes für die betroffene Person objektiv möglich. Aus dieser Erkenntnis heraus lehnt die SPD Baden-Württemberg jegliche verharmlosenden und / oder um Erklärung bemühten Äußerungen ab. Dies kann alleine die betroffene Person individuell bewerten.

30 Des weiteren verurteilt die SPD Baden-Württemberg auf der Schärfste jede relativierende Äußerung zu einem sexuellem Übergriff die auf die Begleitumstände abzielt. Es gibt keinen Ort, keine Uhrzeit oder sonstigen äußeren Rahmenbedingungen wie z.B. Kleidung die einen sexuellen Übergriff mehr oder weniger
35 schlimm machen. Sexismus, sexualisierte Gewalt und Übergriffe waren und sind Alltag in Deutschland. Es geht bei der herrschenden Debatte nicht um die Frage, ob und wie sich Frauen wehren (können), sondern darum, das Ausmaß der Übergriffe

- wahr- und ernst zu nehmen.
- 40 **In einer gleichberechtigten Gesellschaft geht es nicht darum, wie schlagkräftig eine ist und wie gut sie ihr Rüstzeug entwickelt hat.**
- 45 **In einer gleichberechtigten Gesellschaft geht es darum, einen respektvollen Umgang zwischen den Geschlechtern zu entwickeln.**
- 50 Daher setzt sich die SPD Baden-Württemberg für eine Reform des § 177 StGB ein. Die Beschreibung "Einvernehmlicher Sex" erweckt den Eindruck, dass der Sex von beiden Seitengewollt war. Dieser Eindruck trügt, denn rechtlich bedeutet "einvernehmlich" in diesem Zusammenhang nur, dass keine Gewalteinwirkung im Sinne des §177 StGB gesehen wurde, weil das Opfer sich dem ungewollten Sex zu zaghaft widersetzt hatte. Eine Reform, die
- 55 die Sicht des Opfers besser stärkt ist hier dringend geboten.

Antragsbereich Ini/ Antrag 2

Kennummer 1815

AfB Baden-Württemberg

Empfänger:

Landesvorstand

SPD-Landtagsfraktion

SPD-Mitglieder der Landesregierung

Hinweis: Dieser Antrag wird behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Voraussetzungen werden in der Wahl- und Geschäftsordnung, die der Parteitag sich gibt, festgelegt.

Initiativantrag zu den Sparmaßnahmen in der Bildung

- 5 **Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung fordert die Landesregierung auf, die sogenannte demografische Rendite an Lehrkräften bedarfsgerecht im System zu belassen, um die Bildungsreformen ausreichend ausstatten zu können.**

Begründung:

- 10 Ministerpräsident Kretschmann und seine Landesregierung hat sich vorgenommen, bis 2020 ca. 11.600 Lehrerstellen einzusparen. In einem ersten Schritt sollen im kommenden Schuljahr 1000 und

Initiativantrag zu den Sparmaßnahmen in der Bildung

im folgenden 1200 Deputate eingespart werden. Grund seien geburtenschwache Jahrgänge, die demografische Rendite. Leider lässt er völlig außer Acht, dass der prognostizierte
15 Schülerrückgang nicht gleichzusetzen ist mit einem entsprechenden Rückgang der Klassenfrequenzen. Auch müssen die ehrgeizigen Reformvorhaben der Landesregierung personell gut ausgestattet werden, sollen sie zu einem durchschlagenden Erfolg führen.

20 Bis 2016 entstehen etwa 300 Gemeinschaftsschulen in BW. Diese Schulen werden als drei-bzw. viertägige rhythmisierte Ganztageschulen geführt und brauchen dafür zusätzliches Personal. Ebenso steht der weitere Ausbau von

25 Ganztageschulen für alle Schularten an. Die Inklusion wird selbst in den Schwerpunktschulämtern immer noch unter der Maßgabe der Kostenneutralität umgesetzt. Vom durchgängigen Zweipädagogen-Prinzip und der wohnortnahen Schulortwahl kann keine Rede sein. Viel zu oft gehen inklusive Beschulungen
30 zu Lasten der Lehrkräfte, sowohl an den allgemeinen als auch den Sonderschulen. Bislam gibt es kein Gesamtkonzept, geschweige denn ein Eckpunktepapier für die Zukunft der Sonderschulen im Rahmen einer inklusiven Bildungspolitik.

35 Der Ausbau der Lehrerreserve auf den Bundesdurchschnitt von 2,5% braucht weitere Deputatsstellen. All diese Maßnahmen lassen keinen Stellenabbau zu.

Die Bildungsreform verlangt von den Lehrkräften ein verstärktes
40 Engagement. Beispielhaft hierfür ist das konzeptionelle Arbeiten im Bereich Gemeinschaftsschule und Inklusion. In dieser Situation finanzielle Einsparungen und Verschlechterungen bei den Anrechnungen zu planen, ist demotivierend und gegenüber den Lehrkräften gering wertschätzend.

45 Die Lehr- und Lernbedingungen müssen den pädagogischen Herausforderungen und Zielen angepasst werden, denn die Lehrkräfte sind neben den Eltern unsere wichtigsten Verbündeten bei der Weiterentwicklung des Bildungssystems in
50 Baden-Württemberg. Eltern messen uns nicht an den Zielen, die wir schon hundertfach auf Papier formuliert haben, sondern an unseren umgesetzten Wahlversprechen und daran, wie gut wir die ganzheitliche Bildung ihrer Kinder personell und inhaltlich gestalten. Sozial- und Bildungspolitik sind die ureigenen Themen
55 der Sozialdemokratie, auf die wir uns konzentrieren sollten, hier spricht uns die Wählerschaft die größten Kompetenzen zu, die wir uns nicht aus der Hand nehmen lassen dürfen!

Antragsbereich Ini/ Antrag 3

Kennnummer 1820

Kreisverband Göppingen

Empfänger:

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Parteivorstand

Hinweis: Dieser Antrag wird behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Voraussetzungen werden in der Wahl- und Geschäftsordnung, die der Parteitag sich gibt, festgelegt.

Wasser ist ein Menschenrecht

Wasser ist ein

Menschenrecht

Initiativantrag zur Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Kreis Göppingen zur Einbringung auf dem Landesparteitag

- 5 Der Landesparteitag unterstützt das Anliegen der von über einer Million EU-Bürgern unterschriebenen Petition der Europäische Bürgerinitiative "Right 2 Water - Wasser ist ein Menschenrecht". Darin wird gefordert, dass aus der geplanten Einführung einer Konzessionsrichtlinie der Bereich Wasserversorgung
- 10 herausgenommen wird, um damit einen weiteren Schritt hin zur Privatisierung der Wasserversorgung zu verhindern. Der Landesparteitag fordert den SPD-Parteivorstand und die Bundestagsfraktion der SPD auf, das Anliegen der Petition mit großem Nachdruck zu unterstützen und öffentlich Druck auf die
- 15 Bundesregierung zu machen, dem Vorhaben nicht zuzustimmen. Daseinsvorsorge muss in öffentlicher Hand bleiben und kann nicht zum Objekt privater Profitmaximierung verkommen.

Begründung:

20

Begründung

- Eine derzeit laufende EU-Gesetzgebung, mit der erstmals in der EU die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen einheitlich
- 25 geregelt werden soll, birgt die Gefahr einer Liberalisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür. Die Bundesregierung tritt hingegen bislang auf europäischer Ebene entschieden für den umstrittenen Gesetzentwurf ein, Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich sogar persönlich in einem Schreiben an den ver.di
- 30 Bundesvorsitzenden für das Gesetz aus. Die Bürgerinitiative "right2water" fordert hingegen u. a., dass die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln der Europäischen Union unterworfen werden darf und die Wasserwirtschaft von jeglicher
- 35 Liberalisierungsagenda auszuschließen ist. Durch die im

- Lissabonvertrag verankerte "Europäische Bürgerinitiative" können EU-Bürgerinnen und -Bürger die Europäische Kommission dazu auffordern, einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten. Werden mehr als einer Million Unterschriften
- 40 eingereicht, die aus mindestens sieben Mitgliedstaaten kommen und pro Land eine vorgegebene Mindestzahl erfüllen müssen, muss die Europäische Kommission innerhalb von drei Monaten darauf
- 45 reagieren und gegebenenfalls Maßnahmen vorschlagen. „Jetzt gilt es, sämtliche Freunde und Bekannte in Europa für die Sache zu mobilisieren. Denn Wasser ist Leben und darf nirgendwo in Europa eine beliebige Handelsware sein“, so unser Europaabgeordneter Peter SIMON.
- 50 Was an der vom Binnenmarktausschuss verabschiedeten Version des Richtlinienentwurfs so fatal ist, erläutert Gerlinde Schermer vom Berliner Wassertisch: "Zwar sind rein kommunale Wasserbetriebe von der Konzessionsrichtlinie ausgenommen. Für
- 55 echte kommunale Eigenbetriebe würde sich also nach Inkrafttreten der Richtlinie nichts ändern. Da in Deutschland jedoch inzwischen die Mehrheit der etwa 900 Stadtwerke private Partner haben, stehen diese Stadtwerke unter dem Damoklesschwert einer Vollprivatisierung. Denn am Ende der
- 60 Laufzeit der aktuell vergebenen Konzession hätten mit der Umsetzung der neuen Richtlinie diese Stadtwerke nicht mehr das Anrecht auf eine automatische Verlängerung der Konzession. Die Konzession müsste dann in Gänze EU-weit ausgeschrieben werden. Da es keine geteilten Konzessionen gibt, würden also
- 65 nicht nur die 24,9% oder 49,9% ausgeschrieben, mit denen der privaten Partner bisher an den Stadtwerken beteiligt war. Die Konzession käme als Ganzes auf den Markt. Damit würden bislang „nur“ teilprivatisierte Kommunalunternehmen der Privatisierung anheim gegeben.“

Resolution zu Stuttgart 21

EinbringerIn: SPD-Landesvorstand

1. Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 im Jahr 2011 gilt. Die SPD hat diese Form direkter Bürgerbeteiligung damals erfolgreich initiiert und durchgesetzt. Bestandteil der damaligen Diskussionen und Abwägungen waren auch etwaige Mehrkosten des Projekts. Eine Infragestellung der Volksabstimmung lehnen wir ab. Das Land führt keine Ausstiegsdiskussion.
2. Der Kostendeckel gilt. Wir stehen zu dem in den Finanzierungsverträgen vereinbarten Landesanteil von maximal 931 Millionen Euro. Eine darüber hinaus gehende finanzielle Beteiligung des Landes an aufgetretenen und ggf. weiteren Mehrkosten lehnen wir ab.
3. Was den in der Diskussion befindlichen Flughafenbahnhof betrifft, so ist durch den von der Landesregierung initiierten Filderdialog eine neue Variante konsensfähig geworden. Diese ist der bisherigen Planung überlegen. Vor diesem Hintergrund sehen wir darin eine Sondersituation und befürworten – nach Prüfung durch die Landesregierung – eine anteilige Beteiligung des Landes an dieser neuen Variante. Wir werden dazu das Gespräch mit unserem Koalitionspartner suchen.
4. Wir sehen alle Projektpartner (also die Deutsche Bahn AG, das Land, die Region Stuttgart und die Landeshauptstadt) gefordert, die Kostenrisiken von Stuttgart 21 gemeinsam zu minimieren.
5. Wir weisen ausdrücklich auf die Funktion und Aufgabe der Deutschen Bahn AG als Bauherrin des Projekts hin. Das Land trägt keine Verantwortung oder Mitverantwortung für die Bautätigkeiten. Die Deutsche Bahn AG baut – und das Land leistet einen finanziellen Beitrag.

Resolution "Wasser ist ein Menschenrecht"

EinbringerIn: SPD-Landesvorstand

Wasser ist ein öffentliches Gut und keine beliebige Handelsware! Der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht. Unter keinen Umständen darf die Qualität und Bezahlbarkeit von Wasser aufs Spiel gesetzt werden.

Der Schutz öffentlicher Daseinsvorsorge hat für uns höchste Priorität. Dies wird im Protokoll 26 des Lissabon-Vertrags klar verankert sowie ausdrücklich die Gestaltungshoheit nationaler, regionaler und lokaler Gebietskörperschaften bei der Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge festgeschrieben. Die Wasserversorgung ist ein zentrales Element der kommunalen Daseinsvorsorge.

Die SPD Baden-Württemberg steht klar hinter dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht und der Sicherstellung von qualitativ hochwertigen, sicheren und bezahlbaren öffentlichen Dienstleistungen.

Die SPD Baden-Württemberg spricht sich daher im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Auswirkungen der geplanten EU-Gesetzgebung über die Konzessionsvergabe auf die Wasserversorgung gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung aus. Zwar sieht die Konzessionsrichtlinie keine Privatisierung und keine Liberalisierung der Wasserversorgung vor. In ihrer jetzigen Form geht jedoch Liberalisierungsdruck auf die Kommunen aus, z. B. indem bewährte Beteiligungsstrukturen in Frage gestellt werden. Es besteht keine Notwendigkeit,

bewährte Formen guter und bezahlbarer öffentlicher Wasserversorgung denselben Marktregeln zu unterwerfen wie es bei privaten Anbietern erforderlich ist!

Die SPD Baden-Württemberg hat großes Vertrauen in eine Wasserversorgung in öffentlicher Hand. Wir fordern daher, dass die öffentliche Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Richtlinie herausgenommen wird.

Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht", die u.a. verlangt, dass die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden darf und die Wasserwirtschaft von der Liberalisierungsagenda auszuschließen ist. Wir fordern deshalb die Bürgerinnen und Bürger auf, sich dem Kampf um das Wasser anzuschließen und die Bürgerinitiative auf www.right2water.eu/de zu unterschreiben.

Resolution Kirchen

EinbringerIn: AsF-Landesvorstand

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich die Abschaffung der Sonderrechte der Kirchen als Arbeitgeberinnen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Die jüngsten Ereignisse in zwei katholischen Krankenhäusern in Köln, die einem Vergewaltigungsoffer aus religiösen Motiven heraus die gewünschte legale medizinische Notfallversorgung verweigerten haben gezeigt: Die Sonderrechte der Kirche schränken das Patientenrecht auf medizinische Versorgung und somit auch unsere Grundrechte ein.

Der Artikel 140 GG i.V.m Art. 137 WRV teilt den traditionellen Kirchen die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes eigener Art zu. Diese privilegierte Position ermöglicht es den Kirchen nicht nur Kirchensteuer zu erheben, sondern gesteht ihnen auch viele anderen Privilegien zu. Die genauen Regelungen sind in vielen Bundes- und Landesgesetzen enthalten. Kirchliche Institutionen können z.B. auch ihr eigenes Arbeitsrecht erlassen. Die Kirche schränkt neben anderen Rechten auch Grundrechte,

- 1) das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG, Art 3 GG) und**
- 2) die Religionsfreiheit (Art. 4, Abs. 1, 2) legitim ein**

Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass in Fällen in denen der staatliche Auftrag der Daseinsvorsorge nach allg. gültigen Grundrechten und Gesetzen nicht uneingeschränkt umgesetzt, wird die Finanzierung aus staatlichen Mitteln für kirchliche Träger entfällt. Wenn ein Krankenhaus auf sein Privileg der konfessionellen Ausrichtung pocht kann es nicht sein, dass dieses weiterhin aus Steuermitteln die über die Kirchensteuer hinaus gehen vom Staat finanziert wird.

Auch wenn Kardinal Meisner seine Meinung geändert hat und die „Pille danach“ nun erlaubt – wir wollen keinen kirchlichen Sonderweg mehr! Keine Frauen mehr, die in katholischen Krankenhäusern abgewiesen werden, keine Angestellten mehr, die aufgrund von Scheidung oder Homosexualität aus kirchlichen Einrichtungen entlassen werden und auch keine BewerberInnen mehr, die aufgrund ihrer fehlenden oder anderen Religionszugehörigkeit keine Anstellung in konfessionellen Einrichtungen finden.

Anhang

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
1	Ein vereinigt und soziales Europa	Ein vereinigt und demokratisches Europa
2	Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa	Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa
3	ist eine ur-sozialdemokratische Idee. Sie ist	ist eine ur-sozialdemokratische Idee. Sie ist
4	verankert im Heidelberger Programm von	verankert im Heidelberger Programm von
5	1925 und seitdem Leitbild	1925 und seitdem Leitbild
6	sozialdemokratischer Europapolitik. Die	sozialdemokratischer Europapolitik. Die
7	zunehmenden wirtschaftlichen und	zunehmenden wirtschaftlichen und
8	finanzpolitischen Verflechtungen, die in	finanzpolitischen Verflechtungen, die in
9	ihren Konsequenzen im krassen Gegensatz	ihren Konsequenzen im krassen Gegensatz
10	zu den Interessen der Arbeiterschaft und	zu den Interessen der Arbeiterschaft und
11	ihrem Streben nach sozialer Sicherheit und	ihrem Streben nach sozialer Sicherheit und
12	internationaler Solidarität standen, führten zu	internationaler Solidarität standen, führten zu
	der Forderung eines „wahren Bundes	der Forderung eines „wahren Bundes
	gleichberechtigter Völker“.	gleichberechtigter Völker“.
13	Auch die Staatsoberhäupter der	Auch die Staatsoberhäupter der
14	Gründerstaaten haben sich 1957 bei der	Gründerstaaten haben sich 1957 bei der
15	Gründung der Europäischen	Gründung der Europäischen
16	Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als	Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als
17	Vorgängerorganisation der heutigen EU,	Vorgängerorganisation der heutigen EU,
18	unmissverständlich dazu bekannt „ <i>die stetige</i>	unmissverständlich dazu bekannt „ <i>die stetige</i>
19	<i>Besserung der Lebens- und</i>	<i>Besserung der Lebens- und</i>
20	<i>Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als</i>	<i>Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als</i>
21	<i>wesentliches Ziel anzustreben, [...] ihre</i>	<i>wesentliches Ziel anzustreben, [...] ihre</i>
22	<i>Volkswirtschaften zu einigen und deren</i>	<i>Volkswirtschaften zu einigen und deren</i>
23	<i>harmonische Entwicklung zu fördern, indem</i>	<i>harmonische Entwicklung zu fördern, indem</i>
24	<i>sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten</i>	<i>sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten</i>
25	<i>und den Rückstand weniger begünstigter</i>	<i>und den Rückstand weniger begünstigter</i>
26	<i>Gebiete verringern [...].“</i> Der Einzug der	<i>Gebiete verringern [...].“</i> Der Einzug der
27	neoliberalen Ideologie führte in der EU	neoliberalen Ideologie führte in der EU
28	jedoch zu weitreichenden negativen	jedoch zu weitreichenden negativen
29	ökonomischen und sozialen Folgen:	ökonomischen und sozialen Folgen:
30	Sinkende Löhne, auseinanderdriftende	Sinkende Löhne, auseinanderdriftende
31	Einkommen, eine Vertiefung der Kluft	Einkommen, eine Vertiefung der Kluft
32	zwischen Arm und Reich, zunehmend	zwischen Arm und Reich, zunehmend
33	prekäre Beschäftigungsverhältnisse, sinkende	prekäre Beschäftigungsverhältnisse, sinkende
34	Sozialleistungen, sowie eine allgemeine	Sozialleistungen, sowie eine allgemeine
35	Umverteilung zu Gunsten von großen	Umverteilung zu Gunsten von großen
	Unternehmen, BezieherInnen hoher	Unternehmen, BezieherInnen hoher
	Einkommen und KapitaleignerInnen sind	Einkommen und KapitaleignerInnen sind
	nicht allein ein deutsches Phänomen, sondern	nicht allein ein deutsches Phänomen, sondern
	ein Problem aller <u>EU-Mitgliedsstaaten</u> .	ein Problem aller <u>EU-Mitgliedstaaten</u> .
36	Wir SozialdemokratInnen glauben an die	Wir SozialdemokratInnen glauben an die

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
37 38 39 40 41 42 43 44	Idee der Vereinigten Staaten von Europa. Wir wollen ein Europa der gelebten Solidarität und des Zusammenhalts. Unsere Ziele können wir jedoch nur erreichen, wenn wir weitreichende Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagern und die heutige EU zu einer vollständig demokratisierten, politischen Union umbauen.	Idee der Vereinigten Staaten von Europa. Wir wollen ein Europa der gelebten Solidarität und des Zusammenhalts. Unsere Ziele können wir jedoch nur erreichen, wenn wir <u>– unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips</u> – weitreichende Kompetenzen auf die europäische Ebene verlagern und die heutige EU zu einer vollständig demokratisierten, politischen Union umbauen.
45	Krise der Demokratie in Europa?	Krise der Demokratie in Europa?
46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57	Demokratie kann auf vielfältige Weise in Gefahr geraten, z.B. durch ein faktisches Übergewicht eines politischen Verfassungsorgans, Kompetenzverlust politischer Institutionen oder Kompetenzverschiebungen auf undemokratischere Ebenen oder Institutionen. Auf europäischer Ebene herrschen ein politisches Übergewicht des Europäischen Rats, eine nicht direkt demokratisch gewählte Kommission und ein stark in seinen Rechten beschnittenes Parlament, welches aber als einzige Europäische Institution direkt von den BürgerInnen legitimiert ist.	Demokratie kann auf vielfältige Weise in Gefahr geraten, z.B. durch ein faktisches Übergewicht eines politischen Verfassungsorgans, Kompetenzverlust politischer Institutionen oder Kompetenzverschiebungen auf undemokratischere Ebenen oder Institutionen. Auf europäischer Ebene herrschen ein politisches Übergewicht des Europäischen Rats, eine nicht direkt demokratisch gewählte Kommission und ein <u>mit unzureichenden Rechten ausgestattetes</u> Parlament, welches aber als einzige europäische Institution direkt von den BürgerInnen legitimiert ist.
58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76	Sozialdemokratische (Europa-) PolitikerInnen geraten bei EU-Vertragsentscheidungen oder Vertragsänderungen - also der Gelegenheit eine Vertiefung der demokratischen Entwicklung zu erwirken - immer wieder in eine Zwickmühle: Auf der einen Seite möchten sie den europäischen Integrationsprozess vorantreiben, auf der anderen Seite bringt eine weitere Kompetenzübertragung auf die EU de facto eine schleichende Entdemokratisierung mit sich. Das beruht auf dem Umstand, dass der Kompetenzübertragung eben z.B. keine vollen parlamentarischen Rechte des EU-Parlaments folgen. Da die Verträge für die ParlamentarierInnen in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten aber nicht mehr veränderbar sind nachdem sie von den <u>Regierungseliten</u>	Sozialdemokratische (Europa-) PolitikerInnen geraten bei EU-Vertragsentscheidungen oder Vertragsänderungen - also der Gelegenheit eine Vertiefung der demokratischen Entwicklung zu erwirken - immer wieder in eine Zwickmühle: Auf der einen Seite möchten sie den europäischen Integrationsprozess vorantreiben, auf der anderen Seite bringt eine weitere Kompetenzübertragung auf die EU de facto eine schleichende Entdemokratisierung mit sich. Das beruht auf dem Umstand, dass der Kompetenzübertragung eben z.B. keine vollen parlamentarischen Rechte des EU-Parlaments folgen. Da die Verträge für die ParlamentarierInnen in den Parlamenten der Mitgliedsstaaten aber nicht mehr veränderbar sind nachdem sie von den <u>Regierungen</u> im

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
77 78 79	im Europäischen Rat ausgehandelt wurden, bleibt nur die Entscheidung zwischen einem „Ja“ oder einem „Nein“. Ein „Nein“ würde aber nicht als ein Kampf für die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie in Europa, sondern als antieuropäische Haltung ausgelegt werden.	Europäischen Rat ausgehandelt wurden, bleibt nur die Entscheidung zwischen einem „Ja“ oder einem „Nein“. Ein „Nein“ würde aber nicht als ein Kampf für die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie in Europa, sondern als antieuropäische Haltung ausgelegt werden.
80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91	Ein aktuelles Beispiel für die schleichende Entdemokratisierung auf EU-Ebene <u>stellen die Eckpunkte des Fiskalpakts dar.</u>	Ein aktuelles Beispiel für die schleichende Entdemokratisierung auf EU-Ebene <u>stellt der Vorschlag für eine einheitliche europäische Bankenaufsicht bei der EZB dar. Während die Bankenaufsicht bei der deutschen „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ (BaFin) durch das Bundesfinanzministerium und den Deutschen Bundestag kontrolliert wird, ist in den Entwürfen für eine Bankenaufsicht bei der EZB eine vergleichbare demokratische Kontrolle durch das Europäische Parlament nicht vorgesehen, obwohl sie rechtlich möglich wäre.</u>
92 93 94 95 96 97 98 99 100 101 102 103 104 105 106 107 108 109 110 111	<u>Der Fiskalpakt sieht die Einführung eines „Euro-Gipfels“ als neue Institution vor. Dieser Eurogipfel soll parallel zu den bestehenden EU-Institutionen stattfinden und schafft, ohne eine Änderung der EU-Verträge, ein neues und mächtiges Gremium, in dem multilaterale Beschlüsse in der Haushalt- und Wirtschaftspolitik beschlossen werden sollen, obwohl diese eigentlich eine Angelegenheit der EU-Institutionen wären. Das Europäische Parlament spielt in diesem neuen Vorhaben keine Rolle.</u>	Ein weiteres Beispiel ist der sogenannte „Fiskalpakt“. So schafft der Fiskalpakt mit dem „Euro-Gipfel“ ein neues Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten. Zwar hat der „Euro-Gipfel“ keine formellen Entscheidungsbefugnisse, die Absprachen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten haben aber massiven Einfluss auf die späteren Mehrheiten bei der Beschlussfassung im Europäischen Rat und auf die Koordinierung der jeweiligen nationalen Wirtschafts- und Haushaltspolitiken. Die nationalen Parlamente bleiben außen vor und das Europäische Parlament spielt in diesem neuen Vorhaben nur eine untergeordnete Rolle. Es darf sich mit den einschlägigen Ausschüssen der mitgliedstaatlichen Parlamente treffen und die vom Fiskalpakt erfassten Politikthemen erörtern. Ein „Mehr“ an parlamentarischer Beteiligung wäre rechtlich unproblematisch möglich gewesen, aber politisch wohl nicht gewollt.
112	Unter demokratiethoretischen	Unter demokratiethoretischen

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
113 114 115 116 117 118 119 120	Gesichtspunkten ist diese Entwicklung sehr bedenklich, da sie demokratischen EU-Institutionen Kompetenzen abspricht und ihnen sogar die Mitwirkungsrechte verwehrt. Europapolitische Entscheidungen werden immer mehr zu Entscheidungen in kleinen Kreisen, auf die es kaum noch einen demokratische Kontrolle, geschweige denn Transparenz in der Entscheidungsfindung gibt.	Gesichtspunkten ist diese Entwicklung sehr bedenklich, da sie demokratischen EU-Institutionen Kompetenzen abspricht und ihnen sogar die Mitwirkungsrechte verwehrt. Europapolitische Entscheidungen werden immer mehr zu Entscheidungen in kleinen Kreisen, bei denen es kaum noch eine demokratische Kontrolle, geschweige denn Transparenz in der Entscheidungsfindung gibt.
121 122 123 124 125 126 127 128 129		<u>Die Politik wird somit in zweifacher Weise entdemokratisiert: Die nationalen Parlamente können nur nachvollziehen, was die Staats- und Regierungschefs ausgehandelt haben. Parlamentarische Änderungen an Verhandlungsergebnissen sind nicht mehr möglich. Zugleich wird auf der europäischen Ebene mangels Einbindung des Europäischen Parlamentes dieses Defizit nicht ausgeglichen.</u>
130 131 132 133 134 135 136 137 138 139 140 141 142 143 144 145 146 147 148 149	<u>Zusätzlich</u> erleben wir vor allem <u>in</u> Abstimmungsprozessen <u>dieser</u> Entscheidungen in nationalen Parlamenten einen schleichenden Verfall des Demokratiebewusstseins. Merkels Handlungsmaxime rund um den Euro-Rettungsschirm lautete: nur noch so viel Demokratie wie nötig, um sie formal nicht aufzukündigen. So beurteilte das Bundesverfassungsgericht den Rettungsschirm zwar als verfassungsgerecht, nicht aber die damit verbundene Praxis der Beschneidung der Rechte des Bundestags. Merkel selbst betrachtete die Einbeziehung des Haushaltsausschusses als zu langwierig und umständlich und degradierte damit demokratische Prozesse als nicht funktionales, unsachgemäßes Handeln. Diese Entwicklungen sind bedenklich, denn sie beruhen auf dem Glauben, dass demokratische Entscheidungen <u>z.B.</u> nicht mit der Geschwindigkeit der Märkte mithalten können und deshalb aufgegeben werden müssen.	So erleben wir vor allem <u>bei den</u> Abstimmungsprozessen über diese Entscheidungen in nationalen Parlamenten einen schleichenden Verfall des Demokratiebewusstseins. Merkels Handlungsmaxime rund um den Euro-Rettungsschirm lautete: nur noch so viel Demokratie wie nötig, um sie formal nicht aufzukündigen. So beurteilte das Bundesverfassungsgericht den Rettungsschirm zwar als verfassungsgerecht, nicht aber die damit verbundene Praxis der Beschneidung der Rechte des Bundestags. Merkel selbst betrachtete die Einbeziehung des Haushaltsausschusses als zu langwierig und umständlich und degradierte damit demokratische Prozesse als nicht funktionales, unsachgemäßes Handeln. Diese Entwicklungen sind bedenklich, denn sie beruhen auf dem Glauben, dass demokratische Entscheidungen nicht mit der Geschwindigkeit der Märkte mithalten können und deshalb aufgegeben werden müssen.
150	Der prinzipielle Institutionsaufbau der EU	Der prinzipielle Institutionsaufbau der EU

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
151 152 153 154 155 156 157 158 159 160	und die aktuellen Ereignisse um die Euro-Rettung machen das Demokratiedefizit der EU unübersehbar. Spätestens wenn die demokratische Selbstbestimmung der EU Institutionen und die der Parlamente ihrer Mitgliedsstaaten wie in den vergangenen Monaten mehrfach außer Kraft gesetzt werden, wird es für uns SozialdemokratInnen Zeit , unser Bekenntnis zu einem vereinigten, demokratischen und sozialen Europa zu <u>erneuern</u> .	und die aktuellen Ereignisse um die Euro-Rettung machen das Demokratiedefizit der EU unübersehbar. <u>Wir</u> SozialdemokratInnen <u>erneuern</u> unser Bekenntnis zu einem vereinigten, demokratischen und sozialen Europa.
161	Ein vereinigtes und demokratisches Europa	Ein vereinigtes und demokratisches Europa
162 163 164 165 166 167 168 169	<i>„Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen [...]. Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen [...] nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen.“ (Paul Löbe).</i>	<i>„Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen [...]. Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen [...] nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen.“ (Paul Löbe).</i>
170 171 172 173 174 175 176 177 178 179 180 181 182 183 184 185 186 187	Die Sozialdemokratie als „europäische Partei“ sollte nicht nur an der „Idee“ der Vereinigten Staaten von Europa festhalten, sondern benennen was sie unter dieser Vision versteht: Wir SozialdemokratInnen bekennen uns zu einem Europa als föderalem Bundesstaat. Wir fordern die Schaffung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung auf Grundlage einer gemeinsamen europäischen Verfassung. Die Rolle des Europäischen Parlamentes muss massiv <u>gestärkt werden und ein Initiativrecht, sowie</u> ein vollständiges Haushaltsrecht bekommen.	Die Sozialdemokratie als „europäische Partei“ sollte nicht nur an der „Idee“ der Vereinigten Staaten von Europa festhalten, sondern benennen was sie unter dieser Vision versteht: Wir SozialdemokratInnen bekennen uns zu einem Europa als föderalem Bundesstaat. Wir fordern die Schaffung einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung auf Grundlage einer gemeinsamen europäischen Verfassung. Die Rolle des Europäischen Parlamentes muss massiv <u>gestärkt werden. Es soll ein eigenes Gesetzesinitiativrecht und ein vollständiges Haushaltsrecht bekommen. Dazu gehört u.a. die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens auf die Aufstellung des Mehrjährigen Finanzrahmens, ein eigenes Steuerschöpfungsrecht für die EU sowie das Recht zu Gunsten des EU-Haushaltes, Schulden aufnehmen zu können.</u>
188	Die Europäische Kommission soll eine durch	Die Europäische Kommission soll eine durch

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
189 190 191 192 193 194 195 196 197 198 199 200 201 202 203 204 205	<p>das Parlament vorgeschlagene, gewählte und abrufbare EU-Regierung werden, die dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. Wir lehnen uns dabei an das Konzept des Positiven Parlamentarismus an, welches vorsieht, dass nicht nur der/die EU-RegierungschefIn, sondern auch alle MinisterInnen vom Parlament gewählt und abrufbar sein müssen. Die Wählerinnen und Wähler sollen zukünftig wissen, welche(n) potentielle(n) EU-RegierungschefIn sie mit ihrer Stimmabgabe für eine Partei unterstützen. <u>Der/Die europäische RegierungschefIn soll zugleich auch noch die Funktion des/der RatspräsidentIn einnehmen und so die Schnittstelle zwischen den nationalen Staats- und RegierungschefInnen und dem Europäischen Parlament bilden.</u></p>	<p>das Parlament vorgeschlagene, gewählte und abrufbare EU-Regierung werden, die dem Parlament gegenüber verantwortlich ist. <u>Wir begrüßen es daher als einen ersten Schritt, dass der/die nächste EU-KommissionspräsidentIn der/die SpitzenkandidatIn derjenigen Parteienfamilie werden soll, die nach den Europawahlen 2014 die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament stellt. Für die künftige Weiterentwicklung lehnen wir uns an das Konzept des Positiven Parlamentarismus an, welches vorsieht, dass nicht nur der/die EU-RegierungschefIn, sondern auch alle MinisterInnen vom Parlament gewählt und abrufbar sein müssen. Die Wählerinnen und Wähler sollen zukünftig wissen, welche(n) potentielle(n) EU-RegierungschefIn sie mit ihrer Stimmabgabe für eine Partei unterstützen.</u></p>
206 207 208 209 210 211 212 213 214 215		<p><u>Das Europäische Parlament selbst muss weiterentwickelt werden, um eine Antwort auf die Kritik an seiner eigenen demokratischen Legitimation zu geben. Dies umfasst auch ein reformiertes europäisches Wahlrecht, welches die unterschiedlichen Stimmengewichte der UnionsbürgerInnen der einzelnen Mitgliedstaaten reduziert und berücksichtigt, dass das Parlament gleicher Repräsentant aller Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sein soll.</u></p>
216 217 218 219 220 221 222 223 224 225 226 227 228 229 230		<p><u>Wir wollen ein „Europa der Parlamente“ und kein „Europa der Staatschefs“. Deshalb lehnen wir jede Renationalisierung des Europäischen Parlaments wie auch eine Versammlung nationaler Parlamentarier der Euro-Staaten wie eine „Eurokammer“ oder ein „Euro-Parlament“ neben den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament als Schwächung des europäischen Parlamentarismus ab. Das Europäische Parlament ist der Repräsentant aller Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und soll als solches in allen Entscheidungen, und zwar auch solchen, die lediglich die Euro-Staaten betreffen, in seiner vollen Besetzung</u></p>

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
231 232 234 235 236		<u>beteiligt sein. Wir wollen die Rolle der nationalen Parlamente im Dialog mit dem Europäischen Parlament in europapolitischen Fragen stärken. Die nationalen Parlamente müssen volle Kontroll- und Informationsrechte über das Handeln ihrer Staats- und Regierungschefs auf europäischer Ebene haben.</u>
237 238 239 240 241 242 243	Wir glauben, dass wir ein Mehr an Demokratie und ein Mehr an Parlamentarismus im europäischen Institutionsgefüge brauchen. Da das Europäische Parlament das einzige Organ ist, welches die BürgerInnen in einer direkten Wahl bestimmen können, ist eine umfassende Aufwertung der Rolle des Parlamentes <u>unvermeidlich</u> .	Wir glauben, dass wir ein Mehr an Demokratie und ein Mehr an Parlamentarismus im europäischen Institutionsgefüge brauchen. Da das Europäische Parlament das einzige Organ ist, welches die BürgerInnen in einer direkten Wahl bestimmen können, ist eine umfassende Aufwertung der Rolle des Parlamentes <u>dringend geboten</u> .
244 245 246 247 248 249 250 251 252 253 254 255 256 257 258 259 260	Der Europäische Rat soll <u>weiterhin</u> die Funktion <u>als</u> Koordinierung zwischen den föderalen Parlamenten auf nationaler oder regionaler Ebene <u>bilden</u> . Um eine Schwächung der EU-Gemeinschaftsorgane zu vermeiden, müssen die Formen des intergouvernementalen Regierens in definierten Grenzen gehalten werden. Der Europäische Rat erhält zu diesem Zweck ein Vorschlagsrecht für Gesetzesinitiativen im Europäischen Parlament. Entscheidungen im Europäischen Rat bedürfen aber der Zustimmung des Europäischen Parlaments und/oder den föderalen Parlamenten auf nationaler Ebene. Beschlüsse im Europäischen Rat sollen mit dem Prinzip der Mehrheitsentscheidung gefasst werden.	Der Europäische Rat soll <u>künftig</u> die Funktion <u>der</u> Koordinierung zwischen den föderalen Parlamenten auf nationaler oder regionaler Ebene <u>haben</u> . Um eine Schwächung der EU-Gemeinschaftsorgane zu vermeiden, müssen die Formen des intergouvernementalen Regierens in <u>klar</u> definierten Grenzen gehalten werden. <u>Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates, die zwar keine gesetzgebende Funktion haben, aber die politische Ausrichtung der Politik der EU bestimmen, sollen unter einen Mitgestaltungsvorbehalt des Europäischen Parlamentes gestellt werden. Hierzu soll der Präsident des Europäischen Parlamentes gleichberechtigt mit den Staats- und Regierungschefs an den Sitzungen und Entscheidungen des Europäischen Rates teilnehmen, beraten und abstimmen können.</u>
261 262 263 264 265 266		<u>Die Gesetzgebung der künftigen föderalen EU soll in einem Zwei-Kammer-System erfolgen mit dem derzeitigen Rat als Vertretungsorgan der heutigen Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament als direkt gewähltem Vertretungsorgan der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger.</u>

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
<p>267 268 269 270 271 272 273 274 275 276 277 278 279 280 281 282 283 284</p>	<p>Erst ein demokratischer Aufbau der Organe der EU sind die Grundlage für weitere Kompetenzverschiebungen auf die Ebene der Europäischen Union und holen endlich nach, was schon lange hätte geschehen sollen: die Beseitigung des demokratischen Defizits der EU. Gleichzeitig lässt sich nicht leugnen, dass die heutige Europäische Union auf ein einseitiges Wirtschaftsprinzip ausgerichtet ist. Daran kann auch eine demokratische Neukonzeption der Organe der EU nichts ändern.</p>	<p>Erst ein demokratischer Aufbau der Organe der EU <u>bildet</u> die Grundlage für weitere Kompetenzverschiebungen auf die Ebene der Europäischen Union und <u>holt</u> endlich nach, was schon lange hätte geschehen sollen: die Beseitigung des demokratischen Defizits der EU. <u>Zugleich darf aber nicht übersehen werden, dass das europäische Projekt zurzeit zu einseitig auf die Schaffung eines einheitlichen - deregulierenden - Binnenmarktes ausgerichtet ist. Eine Stärkung der demokratischen Strukturen in der EU allein ändert dies jedoch nicht. Schon die Gründungsväter der EU sahen in dem einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum lediglich ein Mittel zur Erreichung eines geeinten politischen Europas. Der Binnenmarkt ist ein Instrument der EU, aber nicht ihre Finalität. Auf diesen Pfad muss die europäische Politik zurückfinden.</u></p>
<p>285</p>	<p>Für ein soziales und gerechtes Europa</p>	<p>Für ein soziales und gerechtes Europa</p>
<p>286 287 288 289 290 291 292 293 294 295 296 297</p>	<p>Wir SozialdemokratInnen sind davon überzeugt, dass unser Ziel der Vereinigten Staaten von Europa nur über die vollständige soziale Integration und eine veränderte Wirtschaftspolitik führen kann. Eine wirklich soziale und solidarische EU muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben. Diese sozialen Werte und Grundrechte müssen den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt voran gehen. Um diese im europäischen Primärrecht festzuschreiben fordern wir eine soziale Fortschrittsklausel.</p>	<p>Wir SozialdemokratInnen sind davon überzeugt, dass unser Ziel der Vereinigten Staaten von Europa nur über die vollständige soziale Integration und eine veränderte Wirtschaftspolitik führen kann. Eine wirklich soziale und solidarische EU muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben. Diese sozialen Werte und Grundrechte müssen den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt voran gehen. Um diese im europäischen Primärrecht festzuschreiben, fordern wir eine soziale Fortschrittsklausel.</p>
<p>298 299</p>	<p>Wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt etablieren</p>	<p>Wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt etablieren</p>
<p>300 301 302 303 304 305 306 307</p>	<p>Im Zuge der Vollendung des einheitlichen Europäischen Binnenmarktes wurden die Systeme einer freien, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und einer Geldpolitik in europäischer Kompetenz, von den bei den Mitgliedsstaaten verbliebenen steuer-, lohn- und sozialpolitischen Zuständigkeiten <u>abgekoppelt</u>. Dies führte zu einem</p>	<p><u>Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion führte zu einer Abkoppelung der freien, marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und der Geldpolitik in europäischer Kompetenz von den bei den Mitgliedstaaten verbliebenen steuer-, lohn- und sozialpolitischen Zuständigkeiten. Dies führte zu einem zwischenstaatlichen</u></p>

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
308 309 310	zwischenstaatlichen Dumping- Standortwettbewerb um Investitionen auf Grundlage von sinkenden Löhnen, Sozialleistungen und Unternehmenssteuern.	Dumping-Standortwettbewerb um Investitionen auf Grundlage von sinkenden Löhnen, Sozialleistungen und Unternehmenssteuern.
311 312 313 314 315 316 317 318 319 320 321 322	Das Vertrauen und die Akzeptanz in die „Idee Europa“ wurden durch diese Entwicklung der Entstaatlichung mit all ihren negativen Folgen für die BürgerInnen Europas nachhaltig gestört. Der Weg der Europäischen Integration muss daher ein Weg sein, der einer vollständigen sozialen Integration denselben Stellenwert wie der wirtschaftlichen Integration beimisst und dem Primat der freien Märkte eine solidarische Politik des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs entgegensetzt.	Das Vertrauen und die Akzeptanz in die „Idee Europa“ wurden durch diese Entwicklung der Entstaatlichung mit all ihren negativen Folgen für die BürgerInnen Europas nachhaltig gestört. Der Weg der europäischen Integration muss daher ein Weg sein, der einer vollständigen sozialen Integration denselben Stellenwert wie der wirtschaftlichen Integration beimisst und – <u>ausgehend vom Primat demokratischer</u> <u>Politik – anstelle eines Primats der freien</u> <u>Märkte, auf eine solidarische Politik des</u> <u>sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs</u> <u>zum Wohle aller setzt.</u>
323 324 325 326 327 328 329 330 331 332 333 334 335 336	Wir SozialdemokratInnen stehen für ein Europa der gleichwertigen Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse mit Wachstums- und Wohlstandsperspektiven für alle BürgerInnen. Dies können wir allerdings nur mit einer echten Europäischen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik verwirklichen, die – wie es die SPD bereits im Berliner Programm formuliert hatte – das Ziel verfolgt die Wirtschaftspolitik der EU- Mitglieder zu harmonisieren, regionale Ungleichgewichte abzubauen, einen wirksamen Finanzausgleich zwischen Reichen und Armen zu leisten und der Sozialpolitik den gleichen Rang wie der Wirtschaftspolitik zu geben.	Wir SozialdemokratInnen stehen für ein Europa der gleichwertigen Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse mit Wachstums- und Wohlstandsperspektiven für alle BürgerInnen. Dies können wir allerdings nur mit einer echten europäischen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik verwirklichen, die – wie es die SPD bereits im Berliner Programm formuliert hatte – das Ziel verfolgt die Wirtschaftspolitik der EU- Mitglieder zu harmonisieren, regionale Ungleichgewichte abzubauen, einen wirksamen Finanzausgleich zwischen Reichen und Armen zu leisten und der Sozialpolitik den gleichen Rang wie der Wirtschaftspolitik zu geben.
337 338	Für eine koordinierte, gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik	Für eine koordinierte, gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik
339 340 341 342 343 344 345 346	Die nicht aufeinander abgestimmte Geld- und Fiskalpolitik innerhalb der Europäischen Union hat einen zwischenstaatlichen Konkurrenzkampf um die niedrigsten Löhne und Sozialleistungen ausgelöst. Die entscheidenden Ursachen für die Etablierung dieser neoliberalen Europäischen Wirtschaftsordnung sind dabei in der	Die nicht aufeinander abgestimmte Geld- und Fiskalpolitik innerhalb der Europäischen Union <u>ist einer der Gründe für eine</u> <u>Entwicklung, die zu einem</u> zwischenstaatlichen Konkurrenzkampf um die niedrigsten Löhne und Sozialleistungen geführt hat. <u>Der sogenannte Stabilitäts- und</u> <u>Wachstumspakt mit seinen strikt</u>

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
347 348 349 350 351 352 353	einseitig auf das Ziel der Preisniveaustabilität ausgerichteten Geldpolitik der EZB sowie einer dem sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakt unterworfenen, nationalen Fiskalpolitik zu finden. Eine koordinierende Stelle, beispielsweise eine Europäischen Wirtschaftsregierung, fehlt in diesem Konstrukt.	<u>festgesetzten Defizit- und Schuldengrenzen sowie der Fiskalpakt, die die Gestaltungsspielräume nationaler Fiskalpolitik beschränken und sie einer Logik von Automatismen unterwerfen, ist eine der Ursachen für eine marktradikale Ausrichtung der europäischen Wirtschaftsordnung.</u> Eine koordinierende Stelle, wie etwa eine europäische Wirtschaftsregierung, fehlt in diesem Konstrukt.
354 355 356 357 358 359 360 361 362 363 364 365 366 367 368 369 370 371 372	Das gegenwärtige System der Wirtschafts- und Währungsunion mit Europäischer Geldpolitik nebst nationaler Fiskalpolitik, lässt zu Gunsten ausgeglichener Haushalte keinen Raum für eine an den ökonomischen Rahmenbedingungen ausgerichtete, integrierte und aktive Konjunkturpolitik.	<u>Die hohen Schuldenstände der mitgliedstaatlichen Haushalte eröffnen im Zusammenspiel mit dem gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Rahmen aus europäischer Geldpolitik nebst mitgliedstaatlichen Fiskalpolitiken, die den Automatismen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie des Fiskalpaktes unterworfen sind, nur geringe Spielräume für eine an den ökonomischen Rahmenbedingungen ausgerichtete, integrierte und aktive Konjunkturpolitik. Dabei sind die Ursachen der hohen Staatsverschuldungsquoten vielfältig: Neben dem Unvermögen der nationalen Regierungen in den vergangenen Hochkonjunkturphasen ihre Haushalte zu sanieren, ist dies auch eine vorrangig angebotsorientierte Fiskalpolitik, die Vernachlässigung der Einnahmenseite sowie die staatlichen Rettungspakete für angeschlagene Geld- und Versicherungsinstitute im Rahmen der Finanzmarktkrise seit 2008.</u>
373 374 375 376 377 378 379 380	Gemeinschaftliche, antizyklische Ansätze als Reaktion auf Konjunkturkrisen bedürfen aber einer zielgerichtete Kombination von Geld- und Fiskalpolitik, sowie einer Europäischen Wirtschaftsregierung, die die jeweiligen konjunkturellen Verhältnisse in den Gebieten der Union berücksichtigt, anstatt die Haushaltskonsolidierung zum heiligen Gral zu erheben.	Gemeinschaftliche, antizyklische Ansätze als Reaktion auf Konjunkturkrisen bedürfen aber einer zielgerichtete Kombination von Geld- und Fiskalpolitik, sowie einer europäischen Wirtschaftsregierung, die die jeweiligen konjunkturellen Verhältnisse in den Gebieten der Union berücksichtigt, anstatt die Haushaltskonsolidierung zum heiligen Gral zu erheben.
381	Die Reform der Wirtschafts- und	Die Reform der Wirtschafts- und

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
382 383 384 385 386 387 388 389 390 391 392 393 394 395 396 397 398	<p>Währungsunion muss daher die Erweiterung des Zielkatalogs der EZB um die Ziele eines angemessenen Wirtschaftswachstums und der (Voll-) Beschäftigung sowie die Koordination zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik umfassen. Hierzu sind weitreichende Kompetenzverlagerungen auf die Ebene der Europäischen Institutionen, insbesondere das Parlament, notwendig. Erst hierdurch wird der ernsthafte Willen zum Aufbau einer echten integrierten Europäischen Wirtschaftsregierung dokumentiert, die mittelfristig samt Zugriff auf Europäische Steuereinnahmen, unter Budgethoheit des Europäischen Parlaments, eine koordinierte Europäische Konjunkturpolitik betreiben kann und eine gleichrangige Position neben der EZB einnimmt.</p>	<p>Währungsunion muss daher die Erweiterung des Zielkatalogs der EZB um die Ziele eines angemessenen Wirtschaftswachstums und der (Voll-) Beschäftigung <u>unter demokratischer Kontrolle</u> der EZB, sowie die Koordination zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik umfassen. Hierzu sind weitreichende Kompetenzverlagerungen auf die Ebene der europäischen Institutionen, insbesondere das Parlament, notwendig. Erst hierdurch wird der ernsthafte Willen zum Aufbau einer echten integrierten europäischen Wirtschaftsregierung dokumentiert, die mittelfristig samt Zugriff auf europäische Steuereinnahmen, unter Budgethoheit des Europäischen Parlaments, eine koordinierte europäische Konjunkturpolitik betreiben kann und eine gleichrangige Position neben der EZB einnimmt.</p>
399 400 401 402 403 404	<p><i>[Absätze (Z. 381 bis Z. 444 des Antragsbuches) unter der Überschrift „Wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Regionen ausgleichen - Langfristigen Finanzausgleich etablieren“ wurden aus der Ursprungsfassung des Antrags an diese Stelle hochverschoben]</i></p>	
405 406 407	<p>Wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Regionen ausgleichen - Langfristigen Finanzausgleich etablieren</p>	<p>Wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen den Regionen ausgleichen - Langfristigen Finanzausgleich etablieren</p>
408 409 410 411 412 413 414 415 416 417 418 419 420 421 422	<p>Politische Fehlentscheidungen, das Fehlen eines funktionierenden Steuervollzugs oder unzureichend ausgestattete Verwaltungsstrukturen traten nicht zuletzt in Griechenland zu Tage. Wir sitzen aber nicht dem Irrglauben auf, dass sie die originären Ursachen der ökonomischen Probleme ärmerer Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind, sondern diese verstärken. Vielmehr waren und sind es historische, politische und sozio-ökonomische Umstände in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, die zwangsläufig zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen führen. Dies gilt im kleinen Maßstab für die Deutschen</p>	<p>Politische Fehlentscheidungen, das Fehlen eines funktionierenden Steuervollzugs oder unzureichend ausgestattete Verwaltungsstrukturen traten nicht zuletzt in Griechenland zu Tage. Wir sitzen aber nicht dem Irrglauben auf, dass <u>ausschließlich</u> sie die originären Ursachen der ökonomischen Probleme ärmerer Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind. Vielmehr waren und sind es historische, politische und sozio-ökonomische Umstände in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, die zwangsläufig zu unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen führen. Dies gilt im kleinen Maßstab für die Deutschen</p>

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
	Bundesländer wie im großen Maßstab für die Staaten unter dem Dach der EU.	Bundesländer wie im großen Maßstab für die Staaten unter dem Dach der EU.
423 424 425 426 427 428 429 430 431 432 433 434 435 436 437 438 439 440 441 442	Gerade mit der Einführung des Euro haben wir erlebt, wie sich die Leistungsbilanzunterschiede zwischen den ökonomischen Machtzentren und den ökonomischen „Rändern“ der EU im Süden massiv verstärkt haben, anstatt diese – wie in den EU-Verträgen und von der Europäischen Regionalpolitik angestrebt – auszugleichen. Während beispielsweise Deutschland im Zuge sinkender Lohnstückkosten seit einem guten Jahrzehnt immense Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnet, steigen die Leistungsbilanzdefizite anderer Länder, die mit Einführung der Gemeinschaftswährung nicht mehr durch Auf- oder Abwertungen ihrer nationalen Währungen auf die Ungleichgewichte in der Lohnstückkostentwicklung reagieren können. Dies führt zu nachhaltigen Spannungen zwischen den wirtschaftlichen Machtzentren und den wirtschaftlich abgehängten Regionen der Union und zu einer Gefährdung des Europäischen Projekts.	Gerade mit der Einführung des Euro haben wir erlebt, wie sich die Leistungsbilanzunterschiede zwischen den ökonomischen Machtzentren und den ökonomischen „Rändern“ der EU im Süden massiv verstärkt haben, anstatt diese – wie in den EU-Verträgen und von der Europäischen Regionalpolitik angestrebt – auszugleichen. Während beispielsweise Deutschland im Zuge sinkender Lohnstückkosten seit einem guten Jahrzehnt immense Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnet, steigen die Leistungsbilanzdefizite anderer Länder, die mit Einführung der Gemeinschaftswährung nicht mehr durch Auf- oder Abwertungen ihrer nationalen Währungen auf die Ungleichgewichte in der Lohnstückkostentwicklung reagieren können. Dies führt zu nachhaltigen Spannungen zwischen den wirtschaftlichen Machtzentren und den wirtschaftlich abgehängten Regionen der Union und zu einer Gefährdung des europäischen Projekts.
443 444 445 446 447 448 449 450 451 452 453 454	Wir SozialdemokratInnen lehnen dieses System des innereuropäischen Staatenwettbewerbs ab und setzen das Solidarprinzip und die Gewährleistung wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit Aller entgegen! Helmut Schmidt hat Recht, wenn er sagt: <i>„Alle unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die Defizite der anderen. Die Forderungen, die wir an andere haben, sind deren Schulden. Es handelt sich um eine ärgerliche Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal erhobenen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.“</i>	Wir SozialdemokratInnen lehnen dieses System des innereuropäischen Staatenwettbewerbs ab und setzen das Solidarprinzip und die Gewährleistung wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit Aller entgegen! Helmut Schmidt hat Recht, wenn er sagt: <i>„Alle unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die Defizite der anderen. Die Forderungen, die wir an andere haben, sind deren Schulden. Es handelt sich um eine ärgerliche Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal erhobenen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.“</i>
455 456 457 458 459 460 461	Um Unterschiede auszugleichen, fordern wir zum einem die Erweiterung der Europäischen Regionalpolitik um einen längerfristig angelegten Transfermechanismus, ohne den, insbesondere die Europäische Währungsunion, als eine föderative	Um Unterschiede auszugleichen, fordern wir <u>neben den Instrumenten</u> der Europäischen Regionalpolitik einen längerfristig angelegten Transfermechanismus, ohne den insbesondere die Europäische Währungsunion, als eine föderative Gemeinschaft, mittelfristig nicht stabil

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
462 463 464 465 466 467 468 469 470 471 472 473 474 475 476 477 478 479	Gemeinschaft mittelfristig nicht stabil existieren kann.	<p>existieren kann: <u>Darunter verstehen wir u.a. eine EU-Fiskalkapazität, die in den EU-Haushalt integriert und vom Europäischen Parlament kontrolliert wird und deren Aufgabe es ist, anhand makroökonomischer Indikatoren asymmetrische Schocks abzufedern und zyklische Entwicklungen zu stützen. Daneben sehen wir einen europäischen Investitions- und Aufbaufonds mit einer Übereinkunft zur verbindlichen Finanzierung und Durchführung von europaweiten Programmen zur Förderung eines nachhaltigen und tragfähigen Wachstums, zur Stärkung der Binnennachfrage sowie zur Förderung von gerecht entlohnter Beschäftigung. Dieser gesellt sich zum Europäischen Stabilitätsmechanismus, der finanzielle Hilfen für Staaten in ökonomischen Krisensituationen bereithält und der in die Europäischen Verträge mit einer Kontrolle durch das Europäische Parlament überführt werden muss.</u></p>
480 481 482 483 484 485 486 487 488 489 490 491 492 493 494 495 496 497 498 499 500 501		<p><u>Zur Lösung der aktuellen Staatschuldenkrise müssen die Euro-Mitgliedstaaten die Möglichkeit eines „Reset“-Knopfes für ihre nationalen Haushalte bekommen. Wir sprechen uns daher für die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds in Anlehnung an den Vorschlag des Sachverständigenrates der Bundesregierung aus, in den die Euro-Mitgliedstaaten den Anteil ihrer Staatsverschuldung über 60 % ihres jeweiligen BIP auslagern. Sie verpflichten sich, über einen festgelegten Zeitraum ihre ausgelagerten Schulden abzutragen. Um zukünftige Verschuldung zu verhindern, wollen wir gemeinsame Haftung aller Euro-Staaten für Schulden unterhalb von 60 % des jeweiligen mitgliedstaatlichen BIP (sog. blue bonds). Die über 60 % des BIP hinausgehende mitgliedstaatliche Verschuldung muss jeder Staat, wie bisher, selbstständig durch eigene Staatsanleihen (sog. red bonds) tragen. Erst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, kann das Instrument einer verbindlichen</u></p>

Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
<p>502 Darüber hinaus streben wir kurzfristig – am 503 nationalen Durchschnittslohn gemessen – 504 einheitliche und Existenz sichernde 505 Mindestlöhne und auf mittlere Frist eine 506 koordinierte Tarifpolitik an, um verzerrte 507 Wettbewerbsverhältnisse zwischen den Regionen zu verhindern.</p>	<p><u>Schuldenbremse Sinn ergeben.</u></p> <p>Darüber hinaus streben wir kurzfristig – am nationalen Durchschnittslohn gemessen – einheitliche und Existenz sichernde Mindestlöhne und auf mittlere Frist eine koordinierte Tarifpolitik an, um verzerrte Wettbewerbsverhältnisse zwischen den Regionen zu verhindern.</p>
<p>508 Ein neuer Sozialpakt für Europa</p>	<p>Ein neuer Sozialpakt für Europa</p>
<p>509 Wir wollen eine echte Union, die Vereinigten 510 Staaten von Europa, in denen das Niveau der 511 sozialen Sicherung nicht vom ökonomischen 512 Stand nach unten abgekoppelt werden kann. 513 Stattdessen setzen wir auf verbindliche 514 sozialstaatliche Mindeststandards, die sich an 515 der relativen Höhe der Netto-Ausgaben für 516 definierte sozialpolitische Systeme messen 517 lassen. Bei der Festlegung der Höhe ist 518 Rücksicht auf den jeweiligen ökonomischen 519 Entwicklungsstand der einzelnen Unions- 520 Gebiete zu nehmen, so dass insbesondere für 521 einkommensschwächere Gebiete eine 522 Überforderung im angestrebten 523 Konvergenzprozess vermieden wird. 524 Zugleich führt steigende Wirtschaftskraft 525 automatisch auch zu höheren Sozialausgaben 526 im laufenden Angleichungsprozess. In jedem 527 Fall dürfen diese Ausgaben bestimmte 528 Schwellenwerte nicht unterschreiten, um zu 529 unterbinden, dass auf Kosten der sozialen 530 Sicherheit Wettbewerbsvorteile im 531 regionalen Wettbewerb erkauf werden. 532 Hierzu sind geeignete 533 Sanktionsmechanismen zu etablieren. Wir 534 streben an, die sozialen Sicherungsniveaus innerhalb der Union auf mittlere Sicht sowohl relativ als auch in ihrer absoluten Höhe angleichen.</p>	<p>Wir wollen eine echte Union, die Vereinigten Staaten von Europa, in denen das Niveau der sozialen Sicherung nicht vom ökonomischen Stand nach unten abgekoppelt werden kann. Stattdessen setzen wir auf <u>gemeinsame und verbindliche qualitative Ziele</u> sowie sozialstaatliche Mindeststandards, die sich an der relativen Höhe der Netto-Ausgaben für definierte <u>soziale Sicherungssysteme</u> messen lassen. Bei der Festlegung der Höhe ist Rücksicht auf den jeweiligen ökonomischen Entwicklungsstand der einzelnen Unions-Gebiete zu nehmen, so dass insbesondere für einkommensschwächere Gebiete eine Überforderung im angestrebten Konvergenzprozess vermieden wird. Zugleich führt steigende Wirtschaftskraft automatisch auch zu höheren Sozialausgaben im laufenden Angleichungsprozess. In jedem Fall dürfen diese Ausgaben bestimmte Schwellenwerte nicht unterschreiten, um zu unterbinden, dass auf Kosten der sozialen Sicherheit <u>und der Bildung</u> Wettbewerbsvorteile im regionalen Wettbewerb erkauf werden. Hierzu sind geeignete Sanktionsmechanismen zu etablieren. Wir streben an, die soziale Sicherungsniveaus der Union auf mittlere Sicht sowohl relativ als auch in ihrer absoluten Höhe anzugleichen.</p>
<p>535 Dass diese Entwicklungsschritte dringend 536 nötig sind zeigen die sozialpolitischen 537 Entwicklungen der vergangenen Jahre. Die 538 nationalen Sozialsysteme wurden nachhaltig 539 zu Lasten der Bedürftigen geschwächt. Die</p>	<p>Dass diese Entwicklungsschritte dringend nötig sind, zeigen die sozialpolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahre. Die nationalen Sozialsysteme wurden nachhaltig zu Lasten der Bedürftigen geschwächt. Die</p>

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
<p>540 541 542 543 544 545 546 547 548 549 550 551 552 553 554 555 556 557 558 559 560 561 562</p>	<p>Absicherungsniveaus im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und bei Renteneintritt sind im Zuge dessen z.T. dramatisch zurückgegangen, mit drastischen Folgen, beispielsweise in Form von zunehmender Altersarmut in der gesamten Union. Dabei ist keineswegs zu wenig Geld vorhanden um die Systeme auf hohem Niveau aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. Vielmehr war es auch der forcierte innereuropäische Staatenwettbewerb, der zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Sozialleistungsniveaus geführt hat: Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt sind auf der Strecke geblieben, während die Inlandsprodukte der Staaten weiter anstiegen. Für uns SozialdemokratInnen muss das innereuropäische Sozialleistungs-Dumping aus Gründen einer zerstörerischen Wettbewerbslogik zwischen Staaten, die sich – zumindest auf dem Papier – eigentlich der Etablierung einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Union verschrieben haben, gestoppt werden. Ansonsten führen sich die politisch formulierten Ziele einer weiteren Europäischen Integration ad absurdum.</p>	<p>Absicherungsniveaus im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und bei Renteneintritt sind im Zuge dessen z.T. dramatisch zurückgegangen, mit drastischen Folgen, beispielsweise in Form von zunehmender Altersarmut in der gesamten Union. Dabei ist keineswegs zu wenig Geld vorhanden um die Systeme auf hohem Niveau aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. Vielmehr war es auch der forcierte innereuropäische Staatenwettbewerb, der zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Sozialleistungsniveaus geführt hat: Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt sind auf der Strecke geblieben, während die Inlandsprodukte der Staaten weiter anstiegen. Für uns SozialdemokratInnen muss das innereuropäische Sozialleistungs-Dumping aus Gründen einer zerstörerischen Wettbewerbslogik zwischen Staaten, die sich – zumindest auf dem Papier – eigentlich der Etablierung einer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Union verschrieben haben, gestoppt werden. Ansonsten führen sich die politisch formulierten Ziele einer weiteren europäischen Integration ad absurdum.</p>
<p>563 564 565 566 567 568 569 570 571 572 573 574 575 576 577 578 579 580 581</p>		<p><u>Ein soziales Europa braucht einen leistungsfähigen Staat. Dies verlangt eine nachhaltige Finanzierungsgrundlage für den Staat. Deshalb muss der schädliche Steuerwettbewerb in der EU beendet werden. Wir begrüßen die Einführung der Finanztransaktionssteuer in 11 Mitgliedstaaten als einen ersten richtigen Schritt. Hier darf aber nicht Halt gemacht werden. Das Ziel muss sein, die Finanztransaktionssteuer in der gesamten EU als EU-Eigensteuer einzuführen. Wir brauchen zudem eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung und mittelfristig gemeinsame Unternehmenssteuersätze. Die geltende EU-Zinsbesteuerung muss ausgeweitet und in eine EU-Eigensteuer mit einheitlichen Steuersätzen umgewandelt</u></p>

	Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
582		<u>werden. Eine gemeinsame Steuerpolitik kommt nicht ohne einen entschlossenen Kampf gegen Steuerflucht und Geldwäsche aus. Die Steueroasen in der EU müssen geschlossen werden.</u>
583 584 585		<u>Unser Europa demokratisch begründen: Für einen Verfassungskonvent und für eine Volksabstimmung</u>
586 587 588 589 590 591 592 593 594 595 596 597 598 599 600 601		<u>Wir möchten die Menschen von unserer Vision von den Vereinigten Staaten von Europa überzeugen und deren Umsetzung demokratisch legitimieren. Viele unserer Visionen verlangen eine Anpassung unseres Grundgesetzes. Wir möchten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, über die Zukunft Europas zu entscheiden. Dazu muss Art. 146 GG dahingehend verändert werden, dass er eine Volksabstimmung für weitreichende Schritte der europäischen Integration ermöglicht. Unsere Vision der Vereinigten Staaten von Europa verlangt eine breite Diskussion mit allen politischen und gesellschaftlichen AkteurInnen. Deshalb verlangen wir die Einsetzung eines EU-Verfassungskonvents nach der Europawahl 2014.</u>
602	Unser Europa: In Vielfalt geeint	Unser Europa: In Vielfalt geeint
603 604 605 606 607 608 609 610 611 612 613 614 615 616 617 618 619	In Europas Regionen leben heute 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern, über drei Zeitzonen hinweg. Vom Nordkap bis an die Grenzen Afrikas, vom Atlantik über die Grenzen des ehemaligen Eisernen Vorhang bis hin ans Schwarze Meer. Dieses Europa verkörpert für uns SozialdemokratInnen ein großes Friedensprojekt und das Streben nach einer friedlichen, freien und gerechten Gesellschaft, in der Sprache und Herkunft als bereichernde Vielfalt und nicht als Trennendes verstanden werden, in der nationale Barrieren in den Hintergrund rücken und echte Teilhabe für alle Menschen verwirklicht werden kann. <i>In Vielfalt geeint</i> – getreu dem Motto der Europäischen Union machen wir SozialdemokratInnen uns auf	In Europas Regionen leben heute 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern. Dieses Europa verkörpert für uns SozialdemokratInnen ein großes Friedensprojekt und das Streben nach einer friedlichen, freien und gerechten Gesellschaft, in der Sprache und Herkunft als bereichernde Vielfalt und nicht als Trennendes verstanden werden, in der nationale Barrieren in den Hintergrund rücken und echte Teilhabe für alle Menschen verwirklicht werden kann. <i>In Vielfalt geeint</i> – getreu dem Motto der Europäischen Union machen wir SozialdemokratInnen uns auf den Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa!

Antrag EUR1 in der Fassung des Antragsbuchs	Konsolidierte Fassung des Antrags EUR1 nach Übernahme bereits vorliegender Änderungsanträge
den Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa!	

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Eigendruck SPD-Landesverband
Armin Gebhard